

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) 390 M.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 200 M.,
für Verammlungsanzeigen 80 M. pro Zeile.

Mai-Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

An die Arbeiter aller Länder!

Der Frieden Europas ist neuerlich in Gefahr. Der Krieg ist noch nicht da, aber es kann dazu kommen, wenn die international vereinigten Arbeiter dieser Gefahr nicht entgegenwirken.

Überall ist die Reaktion am Werke und sucht ihre Herrschaft zu festigen. Überall zeigt sich sozialer Rückschritt. Und die gleiche Tendenz ist in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht wahrzunehmen. Diktatur und Faschismus in allen Spielarten sind das Gepräge unserer Zeit. Beides Bewegungen, die auf den Untergang der Freiheit zielen.

Diese Situation hinzunehmen, würde heißen, eine sichere Verflavung in der Zukunft akzeptieren. Es hieße anerkennen, daß von jetzt an Gewalt und Unrecht, soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung über die Völker allein Macht haben sollen. Es hieße sich mit der Herrschaft brutaler Gewalt abfinden und Verzicht leisten auf eine Ordnung der Freiheit und menschenwürdiger Arbeit, die zu errichten Aufgabe der Arbeiterorganisationen der ganzen Welt ist.

Die Arbeiterorganisationen werden an ihrem Ideal nicht Verrat üben. Dieses Ideal ist ihr gemeinsames und geheiligtes Gut, die Rechtfertigung ihres Daseins, ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Wenn ihre Freiheiten in Gefahr geraten, die Errungenschaften der Vergangenheit bedroht werden, dürfen die Arbeiter nicht untätig bleiben.

Wenn die Plutokratie der ganzen Welt, um ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft zu befestigen, die Rückkehr zu langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen anstrebt, die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Freiheit verlangt und die Wiederkehr jener Zeit, in der sich das Unternehmertum von Gottes Gnaden dünkte, dann fordern Pflicht und Interesse der Arbeiterschaft, dieses schändliche Vorhaben zu nichte zu machen und es zu beantworten mit einem Kampf für neue Freiheiten und ein besseres Dasein.

Die Befreiung der Arbeiter verlangt zunächst die Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte, die dazu dienen sollen, neue zu erwerben.

Gegenüber dem internationalen Zusammenschluß der Profitmacher und Ausbeuter muß die internationale Solidarität des organisierten Proletariats eine Tatsache werden. Je dreister sich die Reaktion gebärdet, je kühner die Angriffe auf die freiheitlichen Ideen und die Würde der Arbeit werden, um so intensiver müssen sich die Massen zur Wehr setzen.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“ Das will heißen, daß die Arbeiter nur durch eigene Kraft und ihre eigenen Mittel, und nur durch diese allein, imstande sind, das entwürdigende Joch der modernen Lohnsklaverei abzuwerfen und durch neue moralische und materielle Erfolge ihre endgültige Befreiung vorzubereiten.

Der 1. Mai 1923 muß in entscheidender Weise der Welt das Erwachen des Bewußtseins der international organisierten Arbeiterklasse künden.

Die Nöte der Gegenwart und die Gefahr neuer blutiger Konflikte müssen, weit davon entfernt, uns zu entmutigen, unsern Glauben im Gegenteil noch festigen und neue Begeisterung und Entschlossenheit wecken, um die Mächte der Finsternis und Unterdrückung endgültig zu besiegen.

Immer drohender werden diese Gefahren, und darum muß auch unsere Aktion eine immer energischer werden.

Nationalismus, Imperialismus, Militarismus, wünschen ein neues Blutbad herbei, von dem sie sich ein neues Erwürgen der Völkerfreiheit versprechen.

Die Arbeiter aber wollen den Frieden, der die Arbeit von ihren Fesseln befreit, den Völkern ihre Unabhängigkeit sichern und eine bessere Zukunft vorbereiten soll.

Möge der 1. Mai 1923 in überwältigender Weise diesen Willen kundtun, der sich auf Vernunft und Recht stützen kann. Und möge das Proletariat aller Länder an diesem traditionellen Tag der Arbeiterforderungen der Welt die unbezwingliche Macht der internationalen Solidarität der Arbeit demonstrieren!

Arbeiter der Welt!

Schwingt eure Seelen auf aus den toten Nächten der Last;
Hebt sie zur Sonne, die Augen von Sorgen umgraut.
Euren Fäusten, die ruhlos gewirkt und gebaut,
Gebt ihnen einen Tag, einen, die feiernde Last.

Schaffende Hand soll schaffende Hand ergreifen.
Hirn soll das Hirn, und Herz soll das Herz gewinnen.
All eure Zuversicht, all euer Wollen und Sinnen
Brüßend soll es heut über die Erde schweifen.

Überall schwenkt seine Fahnen der qualmende Schloß.
Überall gräbt der Spaten um spärliches Brot.
Überall wirkt zu Gold sich das pochende Blut.
Überall raubt euch Bier das erschaffene Gut.

Was ihr erbaut euch, der Haß will es fauchend zerschlagen.
Was ihr erobert, bedroht ist's von fückischen Krallen.
Über die Lande und Meere soll eure Stimme hallen —
Schreckender Donner, sich nicht in die Blitze zu wagen!

Und in eueren Händen blühe empor der Strauß
Lenzjunger Blumen, die friedlich im Lichte glühen;
Die wieder, Bruder der Arbeit im fernsten Haus,
Sollen zwischen uns Todesgranaten sprühen.

Über uns allen leuchte ein segnendes Werde,
Sprossender Wille reise zur Meisterschaft.
Bruder, dein Herz ist mein Herz, deine Kraft meine Kraft...
Arbeiter der Welt! Ihr seid das Schicksal der Erde.

Ernst Preetzang.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

J. S. Thomas (England), Vorsitzender. E. Jouhaux (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), C. Mertens (Belgien), Vizevorsitzende.
E. Gimmen, J. Dudgeest, J. Sassenbach, John W. Brown, Sekretäre.

Fürsorge, Versorgung oder Versicherung?

„Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren das Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherer.“ Reichsverfassung, Art. 161.

Nach der seit her beachteten Übung hat Deutschland die Heilung sozialer Schäden vorzugsweise auf dem Wege der Versicherung zu lösen versucht. Abgesehen von der Armen-gesetzgebung und der sogenannten Wohltätigkeit war und ist die Selbsthilfe der Arbeiterschaft durch die Organe der Versicherung geneigt und als Ausdrucksform der Solidarität von ihr gemert worden. Unter den Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegszeit ist eine Verschiebung dieser Auffassung eingetreten. Zwar nicht bei der einhelligen Schaffung der Reichsverfassung, aber vorher und nebenher und unter dem Eindruck, daß die Versicherung nicht genügt, sondern durch Fürsorge ergänzt werden mußte. Die direkten und indirekten Kriegsopfer, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, konnten nur eine Versorgung aus allgemeinen Reichsmitteln erfahren, da der Versicherungsgebende auf diesem zunächst wohl nur einmal hervortretenden Fürsorgegebiet als absurd erscheinen mußte, selbst wenn die Versorgung zum Teil viele Jahre erfordern wird.

Von der Kriegsfürsorge ausgehend, hat aber die gesamte Versicherung einen starken, mehr als nötigen Einschlag und eine Ueberleitung zur Versorgung und Fürsorge erfahren. Aus übergroßer Angestlichkeit ist die Versicherung, beginnend mit dem Notgesetz vom 4. August 1914 über die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, herabgedrückt und in der Fürsorge leistungsunfähig gemacht. Ermäßigung der Beiträge, Herabsetzung der Leistungen auf die Regelleistungen, mußten naturgemäß eine Schwächung und das Ergänzungsbedürfnis durch Fürsorge aus allgemeinen Mitteln steigern. Dann sind die Krankenkassen und die Versicherungsanstalten von Regierung und Reichstag durch Verjagung der notwendigen Mittel von Jahr zu Jahr mehr geschwächt. Der gleiche Fehler, der auf steuerlichem Gebiet in der Nichtanwendung entsprechend hoher Einkommensteuern die völlige Zerrüttung der Reichsfinanzen ergab; die Auffassung, daß nachher „der Andere“, sei es auch nur die andere Klasse des eigenen Volkes, zahlen werde, leitete verhängnisvoll dazu über, sich zu sehr auf allgemeine Hilfe statt auf die Selbsthilfe zu verlassen. Das mag psychologisch bei der Gebundenheit durch die Kriegsverhältnisse und unter der Empfindung, daß die innere Ruhe des Volkes nicht mehr als nötig gestört werden sollte, erklärlich sein; ein kaum gutzumachender Fehler war es trotzdem.

So kam die Fürsorge mehr und mehr zur Geltung; Kriegsfürsorge aller Art, die mit der Beendigung des Kriegszustandes nicht erledigt war, Familienhilfe, Wochenhilfe, Zuzüge und Rentenerhöhungen in der Invalidenversicherung und anderes. Die Organe der Versicherung mußten, geschwächt wie sie waren, noch froh sein, daß ihnen zeitweise Lasten abgenommen wurden, insbesondere solche, für deren Deckung sie überhaupt nicht eingerichtet waren; ja, sie mußten sich zuweilen und bis in die Gegenwart rücksichtslos wehren, daß ihnen bei unzureichenden Einnahmen fortgesetzt deckungslose Ausgaben auferlegt wurden. Alle diese Erfahrungen erklären, warum heute die gesamte Versicherung den starken Einschlag an Fürsorge hat, und daß auf mancherlei Tagungen ernsthaft und gründlich erörtert wird, ob statt Versicherung nicht die allgemeine Versorgung auf Reichskosten bei allen Wechselfällen des Lebens einzutreten habe. Selbst die Vertretung der größten Gewerkschaftsorganisation der Welt, der deutsche Gewerkschaftsbund, hat sich für die allgemeine Fürsorge und Versorgung ausgesprochen. Im Anschluß daran ist eine zurzeit besonders von der bürgerlichen Sozialreform geführte und noch nicht beendete Erörterung über Fürsorge und Versicherung entstanden. Und deshalb ist auch hier, unbeschadet unserer einheitlichen Grundauffassung sachlich zu untersuchen, ob durch eine solche Lösung eine bessere Fürsorge erzielt wird und ob aus allgemeinen Erwägungen, die noch größere Ausschöpfung der Sozialversicherung erwünscht ist.

Der Gedanke: Fürsorge statt Versicherung kann auf den ersten Blick etwas Befriedigendes haben. Keine Melbung an einen Versicherungsträger zur Mitgliedschaft und Beitragsleistung, keine Wartezeit, keine Abweisung nach Ablauf der Raffenzzeit und Leistungen, kein Erlöschen der Anwartschaft und anderes, sehr schön, wenn's wahr und möglich wäre. Ist es aber nicht! Auch die Fürsorge setzt eine gewisse Stetigkeit, gewisse Beziehungen zwischen Fürsorgepflegling und Fürsorgeträger voraus; denn die Mittel müssen irgendwie aufgebracht werden. Für völlig Landfremde, etwa valutastarke Ausländer Kosten zu tragen, wird jede örtliche oder bezirkliche Stelle, gestützt auf die allgemeine Volksmeinung dann ablehnen, wenn ihr nicht voller Ersatz, etwa vom Reich, gewährt wird. Dann besteht die starke Gefahr, daß die Fürsorgegewährung in allen Fällen von der Bedürftigkeit abhängig gemacht wird. Bei der Erwerbslosenfürsorge ist es bereits der Fall; die Unfallversicherung

führte es bei den Zulagen verletzter landwirtschaftlicher Arbeitnehmer bereits ein, und der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften kämpfte erbittert darum, daß die Zulagen nur an Bedürftige gegeben werden. Auch der Verband der Landesversicherungsanstalten wollte die Zulagen (Rentenerhöhungen) schon vor Jahren von der Bedürftigkeit abhängig machen. Die Versicherten nebst ihren politischen und wirtschaftlichen Vertretungen haben alle Aufmerksamkeit anzuwenden, daß die Bedürftigkeit nicht noch mehr in die Versicherung eingeschmuggelt wird. Von der Fürsorge ist sie nach der herrschenden Meinung nicht zu trennen.

Schließlich die Kostendeckung. Im Gegensatz zur Versicherung, die ihre Einnahmen und Ausgaben ausgleichen und noch Sicherheiten haben muß, geht die Fürsorge aus dem allgemeinen Steuersäckel. An diesem trägt aber die Arbeiterschaft als der Hauptteil der Versicherten in der andern Eigenschaft als Steuerzahler einen unverhältnismäßig großen Teil, beruhend auf ihrer Ueberzahl und verschärft durch den jeweiligen sofortigen Steuerabzug vom Arbeitslohn. Daß sich darin eine Aenderung vollziehen wird, ist bei der Schwäche der Arbeiterschaft infolge ihrer Spaltung in verschiedene Lager leider wenig wahrscheinlich. Und ebensowenig wahrscheinlich erscheint die Möglichkeit einer weitreichenden Fürsorge, deren Kosten die Besitzenden in erster Linie tragen müssen. Deshalb wird in dem Bemühen, statt einer Versicherung die allgemeine Versorgung oder Fürsorge zu propagieren, Maß gehalten werden müssen. Wenn schon die Fürsorge zur Ergänzung der Versicherung zurzeit nicht zu entbehren ist, so sollte sie nicht ohne die zwingendsten Gründe ausgedehnt und zur Herabwürdigung der Sozialversicherung benutzt werden. Denn in der Versicherung verflochten sich ein Stück Geschichte der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. Nach ihrem Vorbild wurden maßgebende Teile der Versicherung, leider nicht großartig genug, gestaltet. Und mit einer weiteren Herabwürdigung der Versicherung wird der Opfermut und die Opferbereitschaft, die unsere Organisationen groß gemacht haben, auf einem uns nur zu nahe berührenden Gebiete beeinträchtigt, was leicht seine Rückwirkung auf unsere Organisationen haben kann und verhindert werden sollte. Deshalb tunlichste Selbsthilfe in Sozialversicherung und Wirtschaftsorganisation zur gegenseitigen Stütze und Befruchtung in dem Grundgedanken praktischer, aber auch operativerfordernder Solidarität. R. F.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Adressenverzeichnis.

Ein Zahlstellen- und Adressenverzeichnis wird in diesem Jahre wegen der hohen Herstellungskosten nicht herausgegeben. Die Adressen der größeren Zahlstellen sind unverändert geblieben. Falls Zahlstellen die Adressen anderer Zahlstellen benötigen, können sie sie bei den Gauleitern oder dem Zentralvorstand erfahren.

Erwerbslosenunterstützung.

Die Tabelle für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in den Beitragsklassen 73 bis 120 ist in dem Sonderdruck „Quittung der Hauptkasse für Februar 1923“ enthalten, die allen Kassierern zugefandt ist. Trotzdem wird diese Tabelle noch von recht vielen Zahlstellenkassierern angefordert. Wir bitten, die zugefandte Sonderbeilage zu beachten.

Unsere statistischen Feststellungen.

Die Karte für den 28. April ist fällig. Jede Zahlstelle hat die Karte rechtzeitig und vollständig ausgefüllt einzusenden, damit die statistischen Feststellungen ein möglichst genaues Bild der tatsächlichen Verhältnisse ergeben.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Burgstädt, Chemnitz, Frankenberg und Stollberg.

Gestreift wird in Bruchsal, Halle a. d. S., Glogau, Köln a. Rh. (Platzstreiks), Mückenber, Müncheberg und Seesen.

Gesperert ist Stargard i. Pomm. das Geschäft von George, in Pasewalk das Geschäft von Götsch, in Leisnig die Firma Lohse, in Zeven das Geschäft von J. Peters und in Grimma i. S. das Geschäft des Baumeisters Runze in Trebsent.

Gesperert in Glogau. Am 18. April haben unsere Kameraden die Arbeit eingestellt. Für Schlesen ist durch den Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt, der für verbindlich erklärt ist und eine Lohnerhöhung von 20% vorsieht. Die Unternehmer in Glogau sind aus dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe ausgestiegen und weigern sich nun, den Schiedspruch anzuerkennen. Certliche Verhandlungen hatten keinen Erfolg, obwohl Regierung und Stadtverwaltung, die hauptsächlich als Bauherren in Frage kommen, zur Zahlung bereit sind.

Streik in Mückenber. Die Zahlstelle Mückenber die unter den Tarifvertrag für die Provinz Brandenburg fällt, bildet mit der Zahlstelle Eßterwerda und dem Lohngebiet Ortrand ein Wirtschaftsgebiet; die letzten beiden Orte fallen aber unter den Tarifvertrag für die Provinz Sachsen. In Mückenber ist der Stundenlohn 1250 M, in Eßterwerda 1372. Wiederholt ist der Versuch unternommen worden, für dieses Wirtschaftsgebiet den gleichen Lohn zu schaffen; die Versuche sind aber immer gescheitert, weil die Unternehmer ihre Organisationsgrenzen für maßgebend halten. So haben auch jetzt die Unternehmer die Forderung auf Zahlung deselben Lohnes, wie in Eßterwerda, glatt abgelehnt. Am 16. April ist die Arbeit eingestellt worden.

Erfolgreicher Streik in Ewinemünde. Für den Monat März sollte der Stundenlohn auf Grund eines Schiedspruches 1100 M betragen, gezahlt wurden aber nur 1000 M. Alle Versuche, auf dem Wege der Verhandlung zu einem Ausgleich zu kommen, scheiterten; am 11. April wurde die Arbeit eingestellt. Am 14. April fanden unter Leitung des Landrates Verhandlungen statt, sie endeten mit einer Vereinbarung auf einen Stundenlohn von 1250 M, mit dem Zusatz, daß wenn für Sommer ein niedrigerer Spitzenlohn als 1250 M vereinbart wird, der Lohn nicht gekürzt werden darf. Wird aber ein höherer Spitzenlohn vereinbart, dann erhöht sich auch der Lohn in Ewinemünde. Eine Zahlstellendeckung stimmte diesem Verhandlungsergebnisse zu. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Platzstreik in Landsberga. d. W. Von der Firma Brand wird der Bau einer Brücke über die Warthe ausgeführt, wobei 40 Kameraden beschäftigt sind. Nachdem die Kammarbeit begonnen hatte, verlangten unsere Kameraden den Zuschlag für Wasserarbeit. Der Vertreter der Firma verweigerte ihn und erklärte, daß Zuschlag nur gezahlt werde, wenn die Zimmerer im Wasser stehen. Da eine Verständigung nicht möglich war, wurde die Arbeit eingestellt. Zweier Tage Arbeitsruhe bedurfte es, um die Bauleitung zur Zahlung des Zuschlages für Wasserarbeit zu veranlassen.

Platzstreik in Duisburg. Die Firma Kessel aus Bremen hat auf der Thyssenhütte mehrere Bauten auszuführen und dazu ihre Stammmannschaft mitgebracht, die täglich 10 bis 12 Stunden arbeitete. Es mußten später aber Zimmerer aus der Zahlstelle Duisburg eingestellt werden, die zunächst die Befestigung der Ueberstundenarbeit durchsetzten und für eine gute Betriebsvertretung sorgten. Das ging der Firma gegen den Strich; sie lehnte die Anerkennung des Baudelegierten nicht nur ab, sondern forderte auch seine Entlassung. Die Folge war die Einstellung der Arbeit. Nach 3 Tagen zog die Firma ihre Forderungen zurück. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Ausperrung in Bries und ihr Ende. Die Bauunternehmer in Bries gehen ihre eigenen Wege; sie kümmern sich weder um Schiedsprüche noch um sonstige Entscheidungen des Lohnamtes. Der letzte für Schlesien gefällte und für verbindlich erklärte Schiedspruch gewährt eine Lohnerhöhung von 20%, die zu zahlen die Unternehmer sich weigerten. Es kam zu Aussperrungen, die von den Unternehmern am 11. April mit der Aussperrung beantwortet wurden. Es ist dann verhandelt worden mit dem Ergebnis, daß der Stundenlohn von 1102 M auf 1290 M erhöht wurde. Am 17. April ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Ende des Kampfes in Reife. Am 27. März haben unsere Kameraden die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer sich weigerten, einen Lohn entsprechend dem Schiedspruch zu zahlen. In Verhandlungen mit den Bauherren, als bedeutendster kam die Stadtverwaltung in Betracht, erklärten sich diese bereit, den Zuschlag von 20%, die Lohnforderung, zu zahlen. Trotzdem blieben die Unternehmer bei ihrem ablehnenden Standpunkte. Die „Bauhütte“ bewilligte die Forderung und übernahm vor allem die städtischen Arbeiten. Endlich mußten die Unternehmer ihren Widerstand aufgeben. Am 12. April ist die Arbeit aufgenommen worden. Es wurde ein voller Erfolg erzielt.

Erfolgreiche Abwehr in Löhnig. Die Firma Hartwig & Sohn forderte von den bei ihr beschäftigten Arbeitern eine tägliche Arbeitszeit von 9 Stunden. Bisher wurde bei Ueberlandarbeit das Mittagessen vom Bauherren gegeben. Dieses alte Recht wollte die Firma abschaffen; die Arbeiter sollten für das Essen jeden Tag eine Stunde länger arbeiten. Da ein solches Verlangen abgelehnt wurde, erfolgte am 11. April die Aussperrung. Am 16. April ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, die Firma anerkennt das alte Recht.

Differenzen in Zeven (Bezirk Rotenburg). Die Unternehmer in Zeven sind nicht organisiert. Nach öfteren Verhandlungen haben sie sich am 27. Oktober 1922 bereit erklärt, in Zukunft die bei den bezirklichen Verhandlungen in Bremen vereinbarten Zuschläge ebenfalls für Zeven zu zahlen. Alle Unternehmer halten diese Vereinbarung, nur der Zimmermeister Peters megelt sich seit dem 25. März. Statt 1446 M will er nur 1000 M zahlen. Unsere Kameraden haben sich andere Arbeit besorgt, der Platz ist gesperrt. Da der Zimmermeister Peters des öfteren reisende Kameraden einstellt, sind diese besonders gewarnt.

Entspannung in Groß-Berlin. Am 10. April fanden unter Leitung des Demobilisierungskommissars Verhandlungen statt, um eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Die Unternehmer wollten sich auf solche Verhandlungen nicht einlassen, und die Arbeiter bestanden auf Erfüllung des Schiedspruches. Der Verhandlungserweiter machte, weil eine Verständigung ausgeschlossen war, am Ende den Vorschlag, ein aus 9 Personen bestehendes Schiedsgericht einzusetzen, dessen Entscheidung sich beide Parteien unterwerfen müßten. Eine Zahlstellendeckung am 15. April gab ihre Zustimmung zu diesem Schiedsgericht, es tagte am 17. April und faßte einstimmig folgenden Beschluß: „Mit Rücksicht auf die augenblicklichen besonderen Verhältnisse im Baugewerbe wird für die Zeit

vom 12. April bis 9. Mai 1923 einschließlich den Arbeitnehmern, die einen Stundenlohn von 1600 M und mehr erhalten, eine Ausgleichszulage von 150 M die Arbeitsstunde, den Arbeitnehmern, die einen geringeren Stundenlohn erhalten, eine entsprechend niedrigere Ausgleichszulage je Arbeitsstunde bewilligt. Die Werkzeugenschädigung bleibt wie bisher."

Auf die in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ angezeigten Bestrebungen der Spandauer Unternehmer, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, wobei die Berliner Kameraden ausgeschlossen werden, weil ihnen tariflich das Fahrgebot zusteht, sei hier erneut aufmerksam gemacht. Kein Kamerad darf derart offenkundige Tarifverletzungen der Unternehmer unterstützen. Umschauen ist für Groß-Berlin einschließlich Spandau verboten.

Unternehmervorsitz im Freistaat Braunschweig.
In Nr. 15 des „Zimmerer“ wurde über einen Beschluß der Unternehmer im Freistaat Braunschweig berichtet, den Epikenlohn vom 1. April an um 150 M die Stunde zu kürzen. Durch diesen Beschluß waren die tariflichen Bestimmungen über die Lohnfestsetzungen einfach beiseitegeschoben worden. Die Unternehmer gingen jedoch noch weiter und beantragten beim staatlichen Schlichtungsausschuß, ihr Lohnkürzung für verbindlich zu erklären. Die Arbeiterorganisationen hatten hiervon Kenntnis erhalten und der Schlichtungsausschuß mußte den Antrag der Unternehmer ablehnen; er verwies sie an die Tarifinstanzen. Nachdem dieser dritte Versuch mißlungen war, wurde ein anderer Weg beschritten. Für den Freistaat Braunschweig besteht ein Bezirkslohnamt, dessen unparteiischer Vorsitzender, Baurat Hesse, mit Umsicht seines Amtes waldet, ihm ist es wohl auch zu danken, daß bei der letzten Lohnverhandlung der Epikenlohn auf 1650 M festgesetzt wurde. Die Unternehmer haben ihm unterm 10. April folgendes Schreiben geschickt:

An den
Vorständigen des Bezirkslohnamtes zu Braunschweig
Herrn Regierungs- und Baurat Hesse
Braunschweig.

Trotz unserer dringlichsten Einsprüche haben die Schiedsprüche des Bezirkslohnamtes Braunschweig für die letzten Monate Resultate gezeigt, die mit dem Lohnniveau der angrenzenden Gebiete nicht im Einklang standen. Das hat sich besonders im Monat März gezeigt; denn die im Epikenlohn festgesetzten 1650 M lagen weit über dem Ergebnis gleicharteter Wirtschaftgebiete. Aus diesem Grunde haben sich unsere Mitglieder veranlaßt gesehen, einstimmig der bisherigen Zusammensetzung des Bezirkslohnamtes ihr Vertrauen zu entziehen und die Forderung aufzustellen, daß das künftige Bezirkslohnamt so zu besetzen ist, daß es den wirtschaftlichen Verhältnissen und vor allen Dingen der Krise im Baugewerbe Rechnung trägt.

Hochachtungsvoll
Landesverband der Braunschweigischen Bauarbeitgeberverbände.
H. A.: Gartenbach.

Herr Baurat Hesse hat hiernach sein Amt niedergelegt. Jetzt suchen die Unternehmer einen Ersatz, natürlich einen solchen, der ihren Weisungen Folge leistet. Die Unternehmer im Tiefbau haben bereits den Standpunkt vertreten, daß das Bezirkslohnamt und damit auch der Bezirksarbeitsvertrag aufgelassen sei. Diese willkürlichen Maßnahmen der Unternehmer haben in Arbeiterkreisen starke Empörung ausgelöst.

Berichte aus den Zahlstellen.

Mecherleben. Die Mitgliederversammlung am 8. März nahm Kenntnis von den Lohnverhandlungen in Halle. Sie schätzten, trotzdem eine Lohnerhöhung von 150 % festgesetzt war. Nochmalige Verhandlungen in Magdeburg brachten es zu einem Epikenlohn von 1400 M. Ein Antrag der Präsidenten um Unterstützung zur Jugendweibe wurde angenommen. Der Kartellbeitrag soll auf 15 M pro Mitglied und Woche erhöht werden. Dann wurde noch beschlossen, daß jeder in Arbeit stehende Kamerad für die hiesigen durch den Streik in Barbis in Mitleidenschaft gezogenen Kameraden einen Stundenlohn zu entrichten hat. Ferner wurde das Verhalten einiger auf dem Akkordwert beschäftigter Kameraden stark gerügt, weil sie, trotzdem am Orte noch arbeitslose Kameraden sind, Nebenarbeit verrichten.

Benzen. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am 9. März in Büttners Restaurant. Der zweite Vorsitzende, Kamerad Müller, bedauerte, daß trotz dringender Einladung der Gauleiter nicht erschienen sei. Hierauf wurde der Bericht über die letzte Lohnverhandlung zur Kenntnis genommen. Infolge anderweitiger Beschäftigung hat der erste Vorsitzende seinen Posten abgegeben. An seine Stelle wurde Kamerad Müller gewählt. Kamerad Müller gab noch einen interessanten Bericht vom Kartell, worin er alle wichtigen Vorkommnisse berührte. Auch das Bibliothekwesen, die Volkshilfsveranstaltungen, Betriebsratkursus und Samartierwesen würdigte er eingehend. Unregelmäßigkeiten beim Bau in der Waggonfabrik führten zu einer regen Aussprache. Die Versammlung bemängelte die dort getroffene Regelung, vor allem erhob sie Einwände gegen die Person des gewählten Delegierten. Sie beschloß ferner, den Beitrag vom 1. April an auf 1400 M festzusetzen; Kolporteurs sollen ein Siebteil des Lokalbeitrages als Entschädigung erhalten. Ueber Lohnverhandlungen sollen die Mitglieder in Zukunft durch Handzettel unterrichtet werden.

Berlin. Am 6. März tagte hier eine Zahlstellenversammlung. Der Vorsitzende, Kamerad Neppschläger, berichtete über die Lohnverhandlungen am 28. Februar und 1. März. Die an den Verhandlungen beteiligten Arbeiterorganisationen hatten sich der Forderung der Zimmerer auf 2000 M angeschlossen. Die erste Verhandlung am 28. Februar scheiterte, da die Unternehmer kein Angebot machten, sondern das Bezirkslohnamt entscheiden lassen wollten. Dieses tagte am 1. März. Die Unternehmer vertraten die Ansicht, daß, wenn auch an einen Lohnabbau

noch nicht herangetreten werden solle, doch unbedingt ein Stillstand eintreten müsse. Unsere Vertreter wiesen mit Leichtigkeit die falschen Voraussetzungen der Unternehmer zurück. Leider muß festgestellt werden, daß sich das Bezirkslohnamt, insbesondere der unparteiische Vorsitzende, im weitesten Maße den Wünschen der Unternehmer fügte, und daher kam zum Schluß, aber auch noch gegen die Stimmen der Unternehmer, ein Schiedsspruch zustande, der den Lohn für Zimmerer, Maurer usw. vom 1. bis 14. März auf 1577 M festsetzt. Die Versammlung stimmte diesem Schiedsspruch mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse zu. Des weiteren beschloß sie die Versammlung mit der Auffstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl. Vorgeschlagen wurden zu den einzelnen Posten mehrere Kandidaten, so daß beide politischen Parteien gleichmäßig berücksichtigt wurden. Bei der Beratung des Ersttarifs ging Kamerad Neppschläger auf jeden Paragraphen des näheren ein und zeigte, wie sie in 21 Sitzungen mit den Unternehmern und zuletzt vor dem Tarifamt zustande gekommen sind. Der vorgeschickten Zeit wegen wurde die Beratung bis zur nächsten Versammlung vertagt. Unter „Verschiedenes“ wurde dem Kameraden Wilhelm Otto auf die Dauer von 2 Jahren das Recht abgeprochen, irgendwelche Funktionen im Verbands auszuüben, da er wiederholt in Arbeit getreten ist, ohne den Arbeitsnachweis zu benügen. Anschließend nahm die Versammlung Stellung gegen die Fasziabewegung in Deutschland. In einer Resolution wurden Forderungen aufgestellt, die auf eine Eindämmung dieser Bewegung hinführen. Weiter verlangen darin die Zimmerer Groß-Berlins von der Leitung des IGB, die Arbeiterchaft sofort zur Bildung von proletarischen Abwehrformationen aufzurufen. Die Resolution wurde gegen 2 Stimmen angenommen.

In der Zahlstellenversammlung am 13. März erstattete zunächst die Zahlkommission Bericht über die Vorstandswahl. Hierauf teilte Kamerad Neppschläger mit, daß die Unternehmer den Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes abgelehnt haben. Weitere Verhandlungen haben beim Vermittlungsausschuß stattgefunden. Folgender Vergleichsvorschlag wurde zur Annahme empfohlen. Für die erste Woche im März 1250 M, für die zweite 1520 M und für den Rest des Monats 1600 M pro Stunde; Erhöhung des Werkzeuggeldes für die letzte Periode von 14 auf 20 M. In der Diskussion beurteilten sämtliche Redner das gegen die guten Sitten verstoßende Verhalten der Unternehmer. Die Zimmerer Groß-Berlins sind sich jedoch bewußt, daß sie den Unternehmern nur einen Gefallen erweisen würden wenn sie den Kampf bereits jetzt proklamieren. Der Vergleichsvorschlag wurde sodann gegen eine starke Minderheit angenommen. Anschließend wurde die Beratung des Ersttarifvertrages fortgesetzt. Alle 41 Bezirke der Zahlstelle Berlin hatten sich eingehend mit dem neuen Ersttarif beschäftigt. Die Delegierten lehnten den vorliegenden Ersttarifvertrag einstimmig ab. Die Verhandlungskommission wurde erneut beauftragt, mit den Unternehmern zu verhandeln.

Burg b. M. Unsere Generalversammlung im Januar war gut besucht. Sie nahm den Jahresbericht des Vorstandes entgegen. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt, da Bücher und Kasse sich in bester Ordnung befanden. Um die wirtschaftliche Not etwas zu lindern, wurden unsern beiden Sozialcentnern je 1000 M bewilligt. Eine rege Debatte entspann sich über das Verhalten einiger Kameraden, die in puncto Akkordtag und Ferien ihre Gewerkschaftspflichten sehr verletzt hatten. Dies war natürlich nur möglich, weil dort eine Betriebsvertretung nicht vorhanden war. Dieser Mangel muß natürlich für die Zukunft vollständig beseitigt werden. Von einem größeren Veranigen anlässlich des fünfundsingzigjährigen Bestehens der Zahlstelle wurde Abstand genommen, da zurzeit die Arbeitslosigkeit sehr stark ist. Jedoch wurde beschlossen, das fünfundsingzigjährige Bestehen in Form einer Versammlung zu begehen.

Dresden. Von 46 Bezirken, die zur Wahl der Zahlstellenangelegten Stellung genommen haben, hatten 40 die bisherigen Angelegenheiten und nur 6 andere Personen vorgeschlagen. Eine Neuwahl hat sich deshalb erübrigt; die bisherigen Angestellten gelten für ein weiteres Jahr als gewählt. — Die in den Bezirksversammlungen zur Abstimmung gestellten Anträge des Zahlstellenvorstandes zur Abänderung der Lokalbestimmungen wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Görlitz. Am 15. März tagte im Hotel „Ramenlos“ unsere Mitgliederversammlung. Sie verlief sehr stürmisch. Den Anlaß hierzu gab die Ablehnung des Schiedspruches durch die Unternehmer. Der Gauleiter, Kamerad Köhler, entrollte in seinen Ausführungen die wahren Absichten der Unternehmer. Dieje gehen dahin, die an und für sich dürftige Lebenshaltung der Arbeiter noch mehr zu schmälern. Bei den Verhandlungen seien es vor allen die Tiefbauunternehmer, die in Breslau das große Wort führten. Er bemerkte weiter, daß wir in nächster Zeit schwere Kämpfe zu gewärtigen hätten und uns danach einrichten müßten. Auf die Dauer könnten wir nicht in der Weise verhandeln. Abgewartet müsse noch werden, ob der Schiedsspruch für verbindlich erklärt werde. Die Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Eine rege Diskussion folgte. Es waren sich alle Kameraden einig, daß Kämpfen nicht aus dem Wege gegangen werden dürfe. Der Vorsitzende gab hierauf die Lehrlingsbeiträge bekannt. Unter „Verschiedenes“ wurde nochmals über die Mithilfe gesprochen und beschlossen, auf den Klagen dafür zu sammeln. Als Versammlungsort wurde die „Bilgerstraße“ vorgeschlagen. Anschließend wurde ein Schriftstück der Innung verlesen, wonach den Lehrlingen vom 1. April 1 % ihres Lohnes abgezogen wird, was von den Eltern unterschrieben werden soll. Das Verhalten der Innung wurde scharf verurteilt und den Eltern empfohlen, die Unterschrift zu verweigern.

Osnabrück. In unserer Mitgliederversammlung am 28. März verlas der Vorsitzende einige Schreiben des Gauleiters und stellte sie zur Diskussion. Kamerad Behrend tadelte die Interesslosigkeit, die sich hier zeigte. Die Organisation leide Schaben dadurch, und die Unternehmer würden bald die Situation ausnutzen. Danach wurde zum

1. Mai Stellung genommen und einstimmig beschlossen, die Arbeit in jedem Betriebe ruhen zu lassen. Falls Kameraden in andern Städten beschäftigt sind, sollen sie sich von der dortigen Organisation einen gestempelten Ausweis besorgen, um ihre Beteiligung an der Meißner nachweisen zu können. Ferner wurde angeregt, die Ortskrankenkasse zu veranlassen, über ihre sämtlichen Ausgaben in der Zeitung zu berichten. Hierauf wurde noch die Ferienfrage berührt.

Seidenheim. Am 25. März fand in Anwesenheit unseres Gauleiters unsere Zahlstellenversammlung statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Der Gauleiter, Kamerad Schemminger, referierte eingehend über die Entstehung und Tätigkeit unserer Organisation. Insbesondere zeigte er, wie vor dem Kriege die einzelnen Zahlstellen und nicht zuletzt der einzelne Kamerad mehr als heute bei Lohnbewegungen mitwirken mußte. Dadurch war das Interesse ein weit größeres als heute. In vielen Zahlstellen liege die Arbeit nur einigen Kameraden ob; das sei der größte Fehler. Alle müßten mitwirken, wenn es vorwärtsgehen soll. Die zentralen und bezirklichen Lohnverhandlungen stärken ebenfalls die Gleichgültigkeit. Diese müsse beseitigt werden; jeder muß mithelfen und mitkämpfen, gewerkschaftlich und politisch. — Die Mithilfebewegung gebe Anlaß zur Arbeitskürzung; damit zugleich verjuchen die Unternehmer, Lohnkürzungen vorzunehmen. Diesen Bestrebungen müsse der größte Widerstand entgegengesetzt werden. Der Lohnabbau sei lediglich zurückzuführen auf eine Parole der Cunoregierung. Scharf kritisierte er die letzten Lohnverhandlungen. Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab; man könne sich deshalb nur auf die Verbindlichklärung verlassen, auf die aber große Hoffnung nicht zu setzen seien. Ein Streik koste heute große Summen, und die Kameraden tragen wegen der Beitragskürzung mit Schuld, wenn die Finanzlage nicht günstiger sei. Vor allen Dingen müsse eine Rückwärtsbewegung der Preise eintreten, ehe an einen Abbau der Löhne zu denken sei. Hier sei der Hebel anzusetzen. Die Parole laute: Krieg dem Kapitalismus! Dem Redner wurde allgemeiner Beifall gezollt. Die lebhafteste Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats, mit Ausnahme eines Redners, der die Rede als stark politisch bezeichnete. Der Vorsitzende gab die Beschlüsse des Haupttarifamtes und des Verbandsausschusses bekannt. Ueber die Ferien entspann sich eine scharfe Diskussion, da auf dem Platz Vieh die Ferien noch nicht gewährt sind. Der Vorsitzende verlangte von den Kameraden, mindestens den Mut aufzubringen, eine Vollmacht zu unterzeichnen, damit sie vor dem zuständigen Gericht vertreten werden können. Bei den Lehrlingen müsse dasselbe gemacht werden und eventuell seien die Väter davon zu verbinden. Alle Kameraden müssen sich in den Kampf stellen, um die zugestandenen Rechte auch wirklich zur Durchführung zu bringen. Die Antikriegsmarken sollten von den Kameraden restlos gekauft werden. Beschlüsse wurden noch, mit den Lehrlingen eine besondere Versammlung abzuhalten, da sie in den Mitgliederversammlungen meistens fehlen. Mit einem Appell an die Kameraden, in der jetzigen Krisenzeit mehr denn je dem Verbands die Treue zu bewahren und unermüdet in der Agitation tätig zu sein, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Vauben. Am 15. März fand eine von 24 Kameraden besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete den Lohnbericht. Der regen Aussprache über diesen Punkt konnte man entnehmen, daß die Unternehmer den Schiedsspruch ablehnen werden. Es wurde beschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln uns den zu Recht gefällten Schiedsspruch zu erkämpfen. Darauf folgte die Bekanntgabe des Kartellberichts, wobei nochmals die Bücherbetämpfung erwähnt wurde. Alsdann machte der Vorsitzende auf die Betriebsratwahlen aufmerksam und wünschte, daß auf allen Plätzen Wahlen zustandekommen möchten. Unter „Verschiedenes“ entspann sich noch eine rege Debatte über die zunehmende Lehrlingszücherei im Bauhandwerk, zum Beispiel sind bei der Firma Geckesam 4 Gejellen und 12 Lehrlinge beschäftigt. Es wurde beschlossen, auch auf diesem Gebiete Breche zu schlagen, um unserm Nachwuchs bessere Ausbildung und Freude am Beruf zu verschaffen.

Viegnitz. Am 21. Februar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende brachte ein Schreiben der Gauleitung zur Kenntnis, worin über die letzte Lohnverhandlung berichtet wurde. Der Kassierer tadelte, daß die Geschäftsstunden nicht eingehalten würden, dadurch werde ein geregelter Geschäftsbetrieb zur Unmöglichkeit. Anschließend wurde zur Mithilfe Stellung genommen und die Kartelldelegierten mit Informationen versehen.

In der Monatsversammlung am 14. März berichtete der Vorsitzende über die letzte Lohnverhandlung in Breslau. Gefordert wurde eine Lohnzulage von 500 M. Die Unternehmer erklärten, auf Grund dieser hohen Forderung keinerlei Zugeständnisse machen zu können. Die Parteien einigten sich dahin, das Lohnamt entscheiden zu lassen. Es tagte am 9. März und fällte einen Schiedsspruch, wodurch sich der Stundenlohn auf 1371 M erhöhte. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt, zur Klärung der Angelegenheit müssen deshalb die nächsten Instanzen angerufen werden. Hierauf wurde über die Beerdigung des Kameraden Gliener gesprochen. Den Untertarifierten wurde eine Erhöhung ihrer Entschädigung genehmigt.

Löwen. Unsere von 13 Mitgliedern besuchte Monatsversammlung am 25. März erledigte zuerst die Vorstandswahl. Leider konnten infolge des schwachen Besuches nicht alle Ämter besetzt werden, deshalb soll die nächste Versammlung die Stellvertreter wählen. Der Vorsitzende bemerkte noch, daß einige Kameraden zwar alle 14 Tage zur Kirche gingen, aber nicht den Weg zu der monatlichen Versammlung fänden. Dem wurde entgegengehalten, daß kirchliche Angelegenheiten nicht in unsere Versammlungen gehören. Erwähnt wurde auch, daß es noch Zimmerleute gäbe, die unserm Verbands nicht angehören; von unsern Kameraden werde viel zu wenig Werbearbeit betrieben. Hierauf wurde noch die Unterstützungsfrage besprochen.

Reudersburg. Unsere regelmäßige Monatsversammlung tagte am 9. April. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, erstattete Kamerad Meyer den Kartell-

Bericht. Der Demonstrationzug zur Weisfeier wird von den Parteien und Gewerkschaften zusammen durchgeführt. Der Festzug setzt sich morgens um 10 Uhr in Marzich. Die Versammlung findet abends in der Stadthalle statt. Die Gewerkschaftenfrage wurde nochmals in allen Punkten durchgegangen. Auf Antrag wurde die Erwerbslosenunterstützung von 200 M pro Woche weiter erhoben. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt und angenommen, den Funktionären für Sitzungen, die in öffentlichen Lokalen stattfinden müssen, eine Entschädigung zu bewilligen.

Sprottau. Am 13. März tagte unsere Monatsversammlung, sie war von 28 Kameraden besucht. Der Vorsitzende gab zwei Eingänge zur letzten Lohnverhandlung bekannt. Anschließend wurde vom Kartellbelegierten der Kartellbericht erstattet. Hieran schloß sich eine längere Aussprache über die Beitragserhöhung. Ferner verlas der Vorsitzende ein Schreiben betreffs Gründung eines Landessekretariats in Breslau. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Stuttgart. Durch die Wahl des Lokalbeamten für unsere Zahlstelle wurde eine Krise heraufbeschworen insofern, als der gesamte Vorstand sein Amt niederlegte. 8 Versammlungen waren notwendig, um diese Krise zu beheben. In der dritten Versammlung, am 4. März, war Kamerad Schumann vom Zentralvorstand anwesend. Es gelang, einen neuen Vorstand zu wählen, der sich noch am selben Abend konstituierte. Ebenfalls wurden auch die Kartellbelegierten bestimmt. Einmütigkeit herrscht im neuen Vorstand darüber, daß im Verbandsleben der gewerkschaftliche Gedanke voranstehen muß. — In der Versammlung am 20. März stellte sich der neue Vorstand vor. Der Gauleiter berichtete hierauf über die Lohnverhandlungen vom 17. März. Nach längeren erfolglosen Beratungen wurde ein Schiedspruch gefaßt, der eine Lohnerhöhung vorsieht von 100 M für die erste, 80 M für die zweite, 60 M für die dritte und 40 M für die vierte Lohnklasse. Der Lohn würde danach betragen 1800, 1540, 1460 und 1360 M. Die Unternehmer lehnten den Schiedspruch ab. Der Gauleiter, Kamerad Schwemmer, empfahl, den Schiedspruch anzunehmen, was auch nach längerer Diskussion gegen Protest geschah unter Annahme einer Entschädigung, wie sie die Bauarbeiter auch gefaßt hatten. Hierauf erstattete Kamerad Wöttinger den Kartellbericht. Er führte zu einer längeren Debatte über den Beschluß des Kartellvorstandes, der auch von den Delegierten angenommen ist, daß sich nämlich die Gewerkschaftsorganisationen an der öffentlichen sozialen Fürsorge praktisch beteiligen sollen, um die große Not unserer Klassenossen zu lindern. Nachdem der Delegierte sowie der Gauleiter darauf hingewiesen hatten, daß der Kartellbeschluß, der mit großer Mehrheit angenommen ist, auch für uns bindend sei, wurde zum Punkt „Verschiedenes“ übergegangen, in dem noch einige interne Angelegenheiten besprochen wurden. Hierauf erfolgte Schluß der gutbesuchten und gutverlaufenen Versammlung. — Wenn auch weiterhin in unseren Versammlungen die gewerkschaftlichen Interessen und Ziele im Vordergrund stehen, wird auch wieder ein neuer Geist und damit neues Leben in unsere Zahlstelle einziehen zum größten Nutzen aller unserer Mitglieder.

Bezirk Ohweil-Ludwigsburg. Am 18. März tagte unsere Generalversammlung im Gasthaus „Zur Sonne“ in Ohweil. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde unsern treuen Kameraden und langjährigen Mitgliedern Anton Waschinsky, genannt Wöhmerwald, durch Kamerad Hessemer das Ehren Diplom für fünfundsanzwanzigjährige Mitgliedschaft überreicht, was dieser unter Dankesworten annahm. Sodann erstattete Kamerad Hessemer Bericht von den letzten Lohnverhandlungen. Anschließend erfolgte die Wahl der Bezirksleitung und der Platzdelegierten. Zum Schluß wurden die anwesenden Kameraden aufgefordert, die noch unorganisierten Kameraden für unsern Verband zu gewinnen.

Tüft. Am 12. März tagte unsere monatliche Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende referierte über die Lohnverhandlungen. Die Versammlung war sehr ungehalten über das Hinausziehen der Verhandlungen durch die Unternehmer. Der Schiedspruch lautete auf 88 %. Die Unternehmer haben den Schiedspruch abgelehnt. Hierauf nahm die Versammlung einstimmig den Antrag an, die Lohnkommission mit gebundenem Mandat zu den Verhandlungen zu entsenden. Anschließend berichtete der Kartellbelegierte über die Kartellisierung und Betriebsräteversammlung, in der auf die drohende Faschistengefahr aufmerksam gemacht wurde. Die Kameraden wurden aufgefordert, auf der Hut zu sein und solche Bestrebungen aufs schärfste zu bekämpfen.

Am 16. März tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Lohnkommission gab den Bericht über die letzte Lohnverhandlung, in der eine Einigung mit den Unternehmern erzielt wurde. Vereinbart wurde ferner, falls in Königsberg höherer Lohn gezahlt wird, die Unternehmer verpflichtet sind, vom 16. März an diesen Lohn zu zahlen. Die Versammlung nahm hierauf das Angebot an. Unter „Verschiedenes“ wurde wiederum die Faschistengefahr behandelt und mitgeteilt, daß sich beide Arbeiterparteien sowie das Kartell zusammengeschlossen haben, um eine Abwehr gegen die Faschisten zu organisieren. Weiter wurden die Kameraden ermahnt, ihren rechtmäßigen Urlaub zu nehmen. Ferner wurden die Verhältnisse bei Wagh & Freytag besprochen, die Anlaß zu einer scharfen Diskussion gaben.

Ulm. Nachdem sich die Wogen der Januar-Generalversammlung wieder geglättet hatten, fanden sich die Zimmerer Ulms am 19. März im Gasthaus „Zur Insel“ zu einer außerordentlichen Versammlung zusammen. Der Vorsitzende, Kamerad Groß, schilderte den Verlauf der Lohnverhandlungen in Stuttgart. Er teilte mit, daß zu den bestehenden Löhnen ein Zuschlag von 100 M durch Schiedspruch erzielt worden sei. Nach stürmischer Aussprache entschloß man sich, dem Schiedspruch in Anbetracht der schlechten Konjunktur zuzustimmen. Anschließend wurde zur Mitgliedschaft und Anteilzeichnung bei der ge-

meinnützigen Bauarbeiter-Genossenschaft Ulm unter veränderter Firma, Bauhütte Oberschwaben, Stellung genommen. Nach lebhafter Debatte und Aufklärung durch ein Aufsichtsratsmitglied kam die Versammlung zu dem Beschluß, Mitglied bei der Genossenschaft zu bleiben. Weiter wurde ein Antrag angenommen, wonach jeder in Arbeit stehende Zimmerer einen Stundenlohn zur Unterstützung unserer vielen Arbeitslosen abzuführen hat. Ferner wurde vom Vorsitzenden klargestellt, wer als sogenannter „Nachsachindianer“ zu betrachten sei; dieses Wort hatte einige unserer besten Kameraden arg in Harnisch gebracht, als sie es in der Arbeiterpresse gelesen haben.

Baugewerbliches.

Die Bautätigkeit in deutschen Großstädten im Jahre 1922. Nach Angaben von „Wirtschaft und Statistik“ sind im vierten Vierteljahr (Oktober bis Dezember) 1922 in 85 deutschen Großstädten insgesamt 2465, im ganzen Jahre 7715 Wohngebäude errichtet worden. Gegenüber dem Vorjahr sind dies nur 106 (1,4 %) mehr. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen betrug im vierten Vierteljahr 1922 6428, im ganzen Jahre 23 540 oder 2267 (10,7 %) mehr als im Vorjahre. Die Zahl der erstellten Wohnungen hat also stärker zugenommen als die Zahl der erbauten Wohnhäuser. Die gemeinnützige Bautätigkeit hat der Zahl der Wohnhäuser nach sogar abgenommen, von 6470 im Jahre 1921 auf 5490 im Jahre 1922, der Zahl der erstellten Wohnungen nach ist jedoch auch sie noch gering geblieben. Es ist also hier im letzten Jahre der Bau von Mehrfamilienhäusern bevorzugt worden.

Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl hat sich die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Jahre 1922 etwas gebessert; sie betrug auf 1000 der Gesamtbevölkerung der 85 Großstädte 1,88 gegen 1,70 im Vorjahre. Die größte Zahl von Wohnungen auf 1000 der Bevölkerung hat Lübeck mit 4,26 hergestellt, es folgen Köln (3,99), Augsburg (3,49), Bremen (3,41) und Bochum (3,36). Für die aus 20 Verwaltungsbereichen bestehende Gesamtgemeinde Berlin sind erst seit 1922 Zahlen vorhanden; in ihr wurden im Jahre 1922 1350 Wohnhäuser und 3057 Wohnungen (0,80 auf 1000 der Bevölkerung) erbaut.

Ueber den Arbeitsmarkt im Baugewerbe im März berichtet das „Reichsarbeitsblatt“: Die durch die Marktfestigung herbeigeführten Verhältnisse wirkten auch auf den Baumarkt ein. Während in der Vorkriegszeit der Monat März die Baufaison eröffnete, macht sich in diesem Jahre trotz des nicht unguünstigen Wetters eine starke Zurückhaltung bemerkbar. Die Ursachen sind in erster Linie bei den hohen Baukosten in der Erwartung einer Preislenkung, dann aber auch in der Unsicherheit über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der nächsten Zeit zu suchen. Eine leichte Besserung trat in Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Pommern, Schlesien und in Teilen Bayerns ein. Die Handelskammer Breslau berichtet über lebhaftere Nachfrage nach Bauplänen für Einfamilienhäuser. Der Beschäftigungsgrad ist für Maler, Glaser, Töpfer, Leinwand- und Radierer nach wie vor unguünstig, während für Maurer, Dachdecker, Stuckateure und Steinmetzen eine leichte Besserung zu verzeichnen ist.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zählt nach einer im „Baugewerbe“ veröffentlichten Uebersicht Ende 1922 18 552 Mitglieder, 1921 mehr als im Jahre vorher. 7651 Mitglieder sind Inhaber von Baugeschäften mit gemischtem Betrieb, 5717 von Maurerergeschäften, 127 von Steinmetzgeschäften, 2704 von Zimmerergeschäften, 111 von Betonen, 841 von Stukkateuren, 71 von Plattenlegern, 88 von Steinholzlegern, 74 von Schornstein- und Feuerungsanlagen-, 256 von Tiefbaugeschäften. 1187 Mitglieder entfallen auf die Baunebenberufe und 273 auf Baustoffindustrie und -Handel. Als Nachbarverbände sind dem Arbeitgeberbund angegeschlossen der Deutsche Arbeitgeberbund für Feuerungs- und Schornsteinbau mit 142 Mitgliedern (einschließlich der 78 oben bereits angeführten) sowie der Verband Deutscher Steinholzfabricanten mit 106 Mitgliedern (einschließlich der 88 vorher erwähnten).

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler. Am 21. April nahmen, wie der sozialdemokratische Parlamentarist berichtet, Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen mit dem Reichskanzler und dem Außenminister Rücksprache, unter anderem über die innen- und außenpolitische Lage. Uebereinstimmend wurde von den Gewerkschaften der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der passive Widerstand an der Ruhr bis zu einem erfolgreichen Abschluß des gegenwärtigen Konflikts fortgesetzt werden muß. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, die Regierung möge alles tun, was uns dem Ziele der Abwehr, der Entsetzung des Ruhrgebietes von französischen und belgischen Truppen näherbringt. Die Vertreter des ADGB und der Ufa. gaben dem Reichskanzler und dem Außenminister darüber hinaus Kenntnis von dem Ergebnis ihrer letzten Bundesauswahlsitzungen, die im Verlaufe der vergangenen Woche in Berlin getagt haben und die mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Meinung waren, daß der Augenblick gekommen sei, in dem die Regierung ein positives Angebot an die Entente machen müsse. Aus dem Verlauf der Besprechungen ergab sich der Eindruck, daß auch die Reichsregierung die augenblickliche Situation im Verhältnis zur Lage in der vergangenen Woche, insbesondere auf Grund der Rede des englischen Außenministers, als verändert betrachtet.

Außer der außenpolitischen Lage wurde die Frage der Marktstabilisierung und alle damit zusammenhängenden Fragen erörtert. Die Reichsregierung versprach, einer Wiederholung der Vorgänge am Devisenmarkt und einer willkürlichen Heraufsetzung der Preise entgegenzuwirken.

Zum Steuerabzug vom Arbeitslohn. Nach der Abrechnungsverordnung vom 31. März 1923 sind die im Wege des Steuerabzuges vom Arbeitslohn einzubehaltenden Beträge künftig auf die nächsten vollen 10 A nach unten abzurunden. Dies gilt ohne Rücksicht auf die Lohnzahlungsperiode (Tagelohn, Wochenlohn usw.) bei jeder nach dem 20. April 1923 erfolgenden Lohnzahlung.

Literarisches.

Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften. Von Adolf Braun. Zweite umgearbeitete und ergänzte Auflage 1923. Verlag: J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68. Grundzahl 50 A.

Deutschlands Außenpolitik und das Weltstaaten-system. Von Gerhart Lüdens. Band 67 der „Internationalen Bibliothek“. Verlag: J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68. Grundzahl 2,50 M.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 30. April:
Auskam: Abends 7 Uhr im „Stadttheater“, Friedländer Straße.

Dienstag, den 1. Mai:
Duisburg: Abends 7 Uhr bei Menke, Klosterstraße. — **Halberstadt:** Abends 7½ Uhr im „Goldenen Anker“, Kornstraße. — **Zilmann:** Nach Feierabend im „Teutschen Haus“. — **Wittorf:** Abends 8 Uhr bei H. Feldmann, Weichstraße.

Mittwoch, den 2. Mai:
Nischerleben: Im Gewerkschaftshaus. — **Duisburg:** Anhrort: Abends 7 Uhr bei Weiskal, Kaiserstraße. — **Nau-gard:** Bei Bäckermeister Gabriele, Greifenberger Straße. — **Westerland:** Abends 8 Uhr im Wag Peterlens Gasthof.

Donnerstag, den 3. Mai:
Rosslau: Abends 8 Uhr in der „Goldenen Krone“.

Freitag, den 4. Mai:
Bochum: Abends 6½ Uhr bei Gustav Janzen, Marienstraße 42. — **Duisburg, Bez. Hamborn:** Abends 7 Uhr bei Platz, Ecke Wilhelm- und Mittelstraße. — **Duisburg:** Abends 8 Uhr bei Otto Greve, Eiderstraße 64. — **Kulmbach:** Bei Heisinger, Grabenstraße. — **Memmingen:** Abends 6 Uhr im „Hafen“. — **Velbert:** Gleich nach Feierabend bei Steinhaus, „Schützenhaus“. — **Wittenberge:** Abends 8 Uhr bei Bürger, „Centralhalle“.

Sonabend, den 5. Mai:
Aken: Abends 8 Uhr im Lokal „Stadt Hamburg“. — **Vernburg:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Oeffau:** Im „Lokal“. — **Duisburg, Bezirk Oberhausen:** Abends 7 Uhr im „Krug zum grünen Kranz“. — **Gelsen-firch:** Abends 7 Uhr im „Liegarten“. — **Perner:** Abends 7 Uhr im Volkshaus, Bahnhofstraße. — **Ferloh:** Abends 7 Uhr bei Lange, Rachtstraße. — **Warburg:** Nach Feierabend bei Jeeberg, Wehrdammweg. — **Münster i. W.:** Abends 8 Uhr bei Aug. Brinkmann, Krummer Limpen 29/30. — **Neubrandenburg:** Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus. — **Oranienburg:** Bei Seeger, Mühlstraße. — **Wanne:** Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstr. 24. — **Wiedorf:** Nachm. 5 Uhr bei Steinacker, Kölner Straße. — **Wismar:** Abends 7½ Uhr in der „Hansa“. — **Witten:** Abends 7 Uhr bei Heinrich Köhler, Ardenstr. 104.

Sonntag, den 6. Mai:
Bedum, Bez. Oelde: Vorm. 11 Uhr bei Ingbert, Jungestraße. — **Borghorst:** Vorm. 11 Uhr im Lokal von Wilh. Hase. — **Cüstrin:** Nachm. 8 Uhr bei Jacobi, Plantagenstraße. — **Deutsch-Krone:** Nachm. 2 Uhr bei Spidemann, Seeblick. — **Düren:** Vorm. 10 Uhr im Lokal „Zum Grafen Zeppelin“ bei Wilhelm Kurth, Annaplatz. — **Gelsenkirchen, Bezirk Westerholt:** Vorm. 10 Uhr bei Rottmann, Industriestraße. — **Gerwalde:** Nachm. 2 Uhr bei Paul Schranke. — **Jarmen:** Nachm. 4 Uhr „Zur Herberge“. — **Kemgo:** Vorm. 10 Uhr im Verbandslokale von H. Volland, Breite Straße. — **Lüdenscheid:** Vorm. 10 Uhr bei Hugo Nölle, Hochstr. 12. — **Marne:** Nachm. 4 Uhr bei Witwe Bartels, Mittelstraße. — **Neumied, Bez. Dönningen:** Vorm. 10 Uhr bei Witwe Jaf. Schiffermann, Dönninger Hauptstraße. — **Verleberg:** Im Gewerkschaftsbureau, bei Schneider, Feldstr. 1. — **Rheine:** Im Volkshaus, Rosenstraße. — **Ribnitz:** Nachm. 2 Uhr im „Südlchen Rosengarten“, bei Fröhlig. — **Troisdorf:** Vorm. 10 Uhr bei Deisen, Poststraße. — **Uelsen:** Nachm. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Werden a. d. Aa:** Nachm. 8 Uhr bei Helmhold, Andreasstr. 9.

Anzeigen.

Zahlstelle Wittenberge. [480 M.]

Umschauen ist verboten. Zureisende Kameraden werden, wenn Arbeit vorhanden ist, durch den Städtischen Arbeitsnachweis eingestellt. Auskunft erhalten sie beim Kassierer W. Fiedler, Wahrenberger Straße 131, 1. St. Der Vorstand.

Fritz Unken, fremder Zimmerer, sende Deine Adresse Leipzig, Nauendörfer Nr. 13. [600 M.]

Franz Salezki u. Heinr. Bücken, fremde Zimmerer, sende eure Adressen an Paul Salatzki, fzd. Zimmerer, Luxemburg, Hotel Frank Molor, Care. [600 M.]

Die Kameraden **Erich Krebs**, geb. 28. Juni 1904 in Marzich, geboren 1. Februar 1902 in Marzich, geborene 11. September 1902 in Sigenrode (Buch-Nr. 807 928), sind aus C o t t b u r g abgereist, ohne ihre Verpflichtungen gegen die Zahlstelle zu erfüllen. Die Zahlstellenassistenten werden ersucht, die Genannten an ihre Pflicht zu erinnern und von ihrem Ausbleiben dem unterzeichneten Zahlstellenassistenten Mitteilung zu machen. [880 M.] **Erich Gölitz**, Cottbus, Marienstr. 23.